[45] Als 1998 dieser Wahlprospekt erschien, hatte die Nationale Aktion (NA), die sich später in Schweizer Demokraten (SD) umbenannte, ihre zwei Höhenflüge längst hinter sich.

Anhieb sechs – die Hälfte aller NA-Kandidatinnen und -Kandidaten wurde gewählt! – beziehungsweise drei Sitze holten. Die SP kam noch auf sechzehn Sitze, gegenüber 23 bei den Wahlen 1962. Federn lassen musste auch der LdU, und die Jungen Löwen (vier Sitze) traten nicht mehr an. Die Nationale Aktion wurde 1961 in Winterthur gegründet. Hauptinitiator war Fritz Meier (1914–2009) aus Ellikon an der Thur, Konstrukteur bei der Loki. 1967 holte die Partei mit James Schwarzenbach (1911–1994) ihren ersten Nationalratssitz. 1968 lancierte sie die Schwarzenbach-Initiative gegen die Überfremdung, die 1970 abgelehnt wurde, aber einen Jastimmenanteil von mehr als 46 Prozent erzielte. Bei einer Annahme hätten innert vier Jahren rund 310 000 Ausländerinnen und Ausländer die Schweiz verlassen müssen. Winterthur stimmte der Initiative mit 50,6 Prozent Ja hauchdünn zu, obwohl die Annahme die Industriestadt massiv getroffen hätte. Nach einem innerparteilichen Streit trat Schwarzenbach 1971 aus der NA aus und gründete die Republikanische Bewegung. 1978 schafften lediglich noch zwei NA-Vertreter den Sprung in den Gemeinderat, die Republikaner gingen leer aus. Die SP legte um vier Sitze zu. Auch die zweite NA-Blüte mit fünf Sitzen 1986 hielt nicht lange an. In den 1990er-Jahren holte die Auto- beziehungsweise Freiheits-Partei einige Sitze, und seit 1994 sitzt ein Vertreter der Eidgenössisch-Demokratischen Union im Gemeinderat.

FRAUENSTIMMRECHT – AUF ZUM LETZTEN GEFECHT

Die Forderung nach dem Frauenstimmrecht wurde erstmals bereits in den Verfassungsdiskussionen der 1860er-Jahre und ziemlich vehement in der Umbruchzeit am Ende des Ersten Weltkriegs erhoben. Es dauerte aber noch Jahrzehnte, bis es endlich so weit war. 1963 führte der Kanton Zürich das kirchliche Stimmrecht für die Frauen ein. Nach der ersten Abstimmung mit Frauenbeteiligung erhielt die Stadt – sie war für die Zustellung des Stimmmaterials zuständig – eine ganze Reihe von Reaktionen. Eine Frau ersuchte darum, künftig auf dem Stimmcouvert den Jahrgang wegzulassen, während eine andere schrieb: «Höflich ersuche ich Sie, mir und M[...] Keller nie mehr eine Stimmkarte zu senden, da wir nie stimmen werden und [es] somit nur ein unnötiges Hin- u. Herschicken der Karte [gibt]. Ich finde, das ist Männersache.» Bei der Stadt vermerkte man dazu: «Muss weiter zugestellt werden.»[149]

1969 stimmten die Zürcher Männer einer Vorlage zu, welche den Gemeinden die Kompetenz zur Einführung des Frauenstimmrechts gab. In Winterthur wurde auf Initiative der Demokratischen Partei mit einem Fackelzug für das Anliegen geworben.[150] Am nächsten Abstimmungsdatum entschieden 35 Gemeinden, darunter die Städte Zürich und Winterthur, die neue Möglichkeit zu nutzen und das Frauenstimmrecht einzuführen. Während aber in Zürich 1970 tatsächlich die ersten Frauen ins Parlament einzogen, dauerte es in Winterthur nochmals vier Jahre. Die Gegner hatten nämlich in Winterthur eine Volksinitiative mit 812 Unterschriften eingereicht, mit der sie verlangten, dass im Falle einer Annahme der kantonalen Vorlage zuerst die Winterthurer Männer befragt werden müssten, ob eine Frauenbefragung durchgeführt werden solle. Es sei «alles zu unternehmen, was die Einführung des Frauenstimmrechts hindert, sofern es

Stadtrat 1922–2012

[46] 44 Jahre lang blieb die Zusammensetzung des Stadtrates nach der Eingemeindung von 1922 parteipolitisch unverändert. Danach gab es immer wieder Gewinner und Verlierer, ohne dass man aber von gewaltigen Umwälzungen sprechen kann. Seit dem Einzug von Aurelia Favre (SP) 1994 schwankt die Zahl der Frauen in der Stadtregierung (kursive Namen) zwischen eins und drei.